

In einer ersten Instruktion aus Rom (Nr. 18) wurden dem designierten Nuntius die dringendsten Probleme aufgezählt. Das wichtigste Thema war die zu erwartende Nachfolge auf dem Thron; hierbei wurde der Erbe Wladyslaw von der Kurie unterstützt (Nr. 58). Angesichts der Einkreisung Polens durch andersgläubige Nachbarn galt es, den Einfluß der Häretiker (Herzogtümer Preußen und Kurland unter polnischer Lehnshoheit), der Schismatiker, vor allem in der Ukraine (die Union von Brest von 1596 sollte unbedingt fortbestehen), und der Politiker (besonders der osmanischen Herrscher) gering zu halten. Dem Nuntius wurden auch einige persönliche Ratschläge mit auf den Weg gegeben, etwa in Hinblick auf das Problem des vielen Trinkens bei den Einladungen; ohne ablehnend zu wirken, müsse er auf seine Gesundheit achten. Unbedingt benötige er ein eigenes tragbares Bett für das Reisen im Lande, wie er auch Vorsorgemaßnahmen gegen den unerträglichen Gestank in den Gasthäusern ergreifen müsse. Die Kälte der Winter zu überstehen, sei eine weitere Schwierigkeit; dagegen seien die Speisen gut und gesund (vgl. den Einstand des Nuntius, Beil. 2), statt an den ungarischen Wein solle er sich an das Trinken von Bier gewöhnen (Nr. 18).

Da es keine direkte Bedrohung für die katholische Kirche in Polen mehr gab, konnte die Kurie sich um die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse sorgen. Dem Nuntius wurde nahegelegt, die Gründung von Seminaren voranzutreiben, durch Visitationen Mißstände aufzudecken, gute Prediger zu gewinnen (dabei sollte er sich auf die Jesuiten stützen) und Societates Doctrinae Christianae zu gründen (Nr. 86). Die Orden im Lande sollten *con molta destrezza e prudenza* Reformen unterzogen werden, so wie bei den Franziskaner-Konventualen im Jahre 1628.

Die Aufgabenvielfalt der Nuntien des 17. Jhs. schlägt sich auch bei Visconti nieder. Da ist vor allem die umfangreiche Korrespondenz mit der 1622 gegründeten Congregatio de Propaganda Fide zu nennen, der Nuntius hatte die Finanzen der Seminare zu überprüfen, Berichte über die Alumnus nach Rom zu schicken (Nr. 131, Nr. 223). In seiner Amtszeit gab es allein 22 Informativprozesse in Polen (Nr. 156, Nr. 157, Beil. 3, Beil. 4); selten dagegen war die Nuntiatur mit Tribunalangelegenheiten beschäftigt (Nr. 86). Einen breiten Raum in diesem Schriftwechsel nimmt die Haltung der Unierten und Orthodoxen in Ruthenien ein (Nr. 26, Nr. 42, Nr. 62, Nr. 154, Nr. 155, Nr. 194, Nr. 259). Die politischen Relationen des Nuntius an das Staatssekretariat betreffen das Königshaus (Reise des Kronprinzen, Nr. 234, Nr. 235 u. a., Krankheiten der Prinzen, etwa Nr. 251, Tod der Königin Konstanze, Nr. 281–283, Nr. 299); er schickte zahlreiche Berichte zum Dreißigjährigen Krieg und zum Vorgehen König Gustav Adolfs (z. B. Nr. 235), beobachtete genau den Verlauf des Sejms im Jahre 1631 und den gescheiterten Versuch einer Interregnums- und Wahlrechtsreform (Nr. 134, Nr. 149, Nr. 159, Nr. 164).

Warschau

Almut Bues

Nationale und internationale Aspekte der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791. Beiträge zum 3. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Eckhard Hübner hrsg. von Rudolf Jaworski. (Kieler Werkstücke, Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 2.) Verlag Peter Lang. Frankfurt a. M., Bern, Berlin, New York, Paris, Wien 1993. 177 S., DM 59,—.

Anläßlich des 200. Jahrestages der polnischen Verfassung fand vom 5. bis 9. Mai 1991 ein gemeinsames Symposium der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Adam-Mickiewicz-Universität Posen statt. Die Ergebnisse dieses dritten Treffens im Rahmen der Kooperation beider Universitäten sind in einem Sammelband zusammen-

gefaßt, der zugleich dem Kieler Osteuropahistoriker Kurt Georg Hausmann zum 70. Geburtstag gewidmet ist.

Neben einer genaueren Betrachtung der Verfassung selbst sollten vor allem die internationalen Bezüge deutlich gemacht werden. Im ersten Beitrag untersucht Jerzy Topolski die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Reformbewegung in Polen im 18. Jh. Er betont dabei, daß die staatspolitischen Umgestaltungen besonders das Ergebnis innenpolitischer Prozesse gewesen seien. Im Reformlager sei man der Auffassung gewesen, daß eine für Polen spezifische Lösung gefunden werden müsse. Die Ereignisse in Frankreich nach 1789 hätten in breiten Kreisen eher abschreckend gewirkt. T. ist der Überzeugung, daß die Reformen unvermeidlich waren, um das Weiterbestehen des Staates zu sichern, dessen Autorität rapide verfallen war. Wirtschaftliche und soziale Gründe hätten bei den Reformen aber keine Rolle gespielt, weil sich hier Reformbefürworter und -gegner gegenseitig gelähmt hätten. Die Verfassung selbst sei eine Kompromißlösung der verschiedenen Lager gewesen. Insgesamt schildert der Vf. die Vorgeschichte der Verfassung von einer klassischen Position aus, ohne viele neue Fakten zu bringen.

Henryk Olszewski berichtet äußerst kenntnisreich über die Vorgeschichte der Maiverfassung. Er weist zu Recht darauf hin, daß diese nur bis in die sechziger Jahre des 18. Jhs. zurückreicht, und nennt drei Bedingungen für ein Gelingen der Reformen: wirtschaftlichen Aufschwung, die Dominanz einer Magnatenfamilie und deren gutes Verhältnis zum König. Diese Situation trat 1764 mit der Wahl Stanisław August Poniatowski ein. In der Folge gerieten die Reformer mit ihren Absichten immer wieder in Widerspruch zu den Nachbarstaaten, die konkret Einfluß nahmen. Mit der Verfassung wurde die vielbeschworene adlige Gleichheit im Prinzip auf den besitzenden Landadel eingeschränkt und die Rolle der Bürger gestärkt. O. betont schließlich, daß es nicht die Konservativen im eigenen Land waren, die die Reformen zu Fall brachten, sondern die Nachbarn, die um ihren Einfluß fürchteten. Einen interessanten Aspekt untersucht Marian Drozdowski mit der Frage, inwieweit die Reformen eigentlich in die Praxis umgesetzt worden sind. Hier ergaben sich nämlich große Defizite, sei es bei der Finanzreform oder der Aufstellung des 100 000-Mann-Heeres. Der Versuch, auch Reformgegner an der Verwaltung zu beteiligen, erwies sich spätestens 1792 als verhängnisvoll, weil viele von ihnen mit der Konföderation von Targowica zusammenarbeiteten. Die Reformen griffen vor allem in den westlichen, besser entwickelten Landesteilen, was jedoch letztlich nicht ausreichte.

Anschließend beschreibt Georg-Christoph von Unruh englische und amerikanische Einflüsse auf die Maiverfassung, besonders hebt er das Prinzip der Gewaltenteilung hervor, wobei er u. a. zeigt, daß die Stellung des Königs in Polen schwächer geplant war als die des amerikanischen Präsidenten. Der Beitrag bleibt allerdings etwas zu sehr im Allgemeinen, so daß nicht klar wird, wie stark die ausländischen Einflüsse wirklich gewesen sind. Sehr anregend ist dagegen der Beitrag von Uwe Liszkowski über Rußlands Einstellung zur Maiverfassung. In Anknüpfung an die aktuellen Kontroversen in Polen über die Stellung Katharinas II. zeigt er, wie sehr es für die Zarin im Vordergrund stand, den Wiederaufstieg Polens zu einer Großmacht zu verhindern. Mit Hilfe einer Art fünfter Kolonne im Land kämpfte sie gegen grundlegende Veränderungen des Systems. Nach der Verabschiedung der Maiverfassung zögerte sie eine Weile, weil sie eine außenpolitische Konstellation fürchtete, die Rußland hätte gefährlich werden können, ein Bündnis zwischen Preußen, Polen und dem Osmanischen Reich. Als dieses nicht zustande kam, entschloß sie sich entgegen ihrer ursprünglichen Planung doch dazu, eine erneute Teilung Polens mitzubetreiben, weil diese dem Adel neues Land einbrachte. L. läßt die Frage offen, ob es interne Widerstände gegen die Polenpolitik der Zarin gab, und verweist auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen.

Eckhard Hübner erläutert die preußischen Reformbestrebungen am Ende des 18. Jhs., die vor allem in der beginnenden Rechtskodifikation deutlich wurden. Am Beispiel des Allgemeinen Landrechts von 1794 kann er zeigen, wie sehr aufgrund der Ereignisse der Französischen Revolution die ursprünglichen Intentionen Friedrichs II. verändert worden sind. H. schildert knapp und präzise das preußische Staatssystem mit der Priorität des militärischen Aspekts und die allmähliche Verschiebung der klaren Klassenstrukturen durch das stark aufkommende Bürgertum und die zunehmende Verarmung eines Teiles des Adels. In seiner Schlußanalyse betont der Vf. implizit die Unterschiede zwischen den polnischen und den preußischen Reformen. In Preußen zielten sie darauf ab, das bestehende politische und soziale System ideologisch abzusichern und zu fundieren. – Kaspar von Greyerz befaßt sich mit der französischen Verfassung von 1791. Ausgehend von der Interpretation Tocquevilles von der Revolution als sozio-kulturellem Integrationsvorgang, untersucht er vier zentrale Aspekte: die Aufhebung der Feudallasten und die Verabschiedung der Menschenrechtserklärung als Anfänge der Reformen, die Souveränitätsfrage, soziale Aspekte des Verfassungsgebungsprozesses und das Verhältnis von Staat und Kirche. Auch bei diesem Beitrag hätte man sich gewünscht, daß ein Bezug zu Polen hergestellt worden wäre, etwa in dem Sinne, daß es kaum einen direkten Einfluß der Ereignisse in Frankreich gegeben hat, wie es z. B. an anderer Stelle Edmund Cieślak bei der Analyse der Berichte der französischen Residenten in Danzig gezeigt hat (vgl. „Konstytucja 3 Maja i jej tradycje“. Wrocław 1992, S. 39–51).

Im letzten Beitrag zeigt Lech Trzeciakowski sehr anschaulich die zunehmende Bedeutung der Maiverfassung im polnischen politischen Bewußtsein seit Mitte des 19. Jhs., besonders im preußischen Teilungsgebiet auf. Die Idee, den Jahrestag der Verfassung angemessen zu feiern, konnte sich dabei erst nach einer Weile durchsetzen. Eine erste größere Veranstaltung fand 1872 in Thorn statt. Die Feiern nahmen an Zahl und Gewicht – nicht zuletzt unter dem Einfluß der Nationaldemokraten – bis zur Wiederentstehung des polnischen Staates 1918 ständig zu. – Abgeschlossen wird der Sammelband durch den Abdruck der Maiverfassung in der Übersetzung von Gotthold Rhode, des Gesetzes über die königlichen freien Städte und des polnischen Landtagsgesetzes vom 24. 3. 1791. Am Ende steht eine ausgesprochen nützliche Auswahlbibliographie westsprachiger Literatur zur polnischen Geschichte der Jahre 1764–1792.

Insgesamt gesehen stellt der Band einen wichtigen Beitrag dazu dar, die Maiverfassung im Westen bekannter zu machen, wenn auch die Aussage des Herausgebers von ihrem französischen und englischen Vorbild durch die entsprechenden Referate höchstens indirekt bestätigt werden kann. Es zeigt sich wieder einmal, daß es den Kieler Historikern – in Zusammenarbeit mit ihren Posener Kollegen – gelingt, wichtige Themen der polnischen Geschichte für die deutsche Wissenschaft gewinnbringend zu erschließen. Hoffentlich finden sie in Zukunft mehr Nachahmer an deutschen Universitäten als bisher.

Mainz

Markus Krzoska

W. H. Zawadzki: A Man of Honour. Adam Czartoryski as a Statesman of Russia and Poland 1795–1831. Clarendon Press. Oxford 1993. XVII, 374 S. 1 Bildnis, 1 Stammtafel, £ 45.00.

Im Jahre 1808, als Napoleon weite Teile Europas beherrschte, schrieb Adam Jerzy Czartoryski prophetisch an den russischen Zaren Alexander I.: „Ich bin der Meinung, daß Eure gegenwärtigen Beziehungen zur französischen Regierung für Eure Kaiserliche Majestät auf eine höchst verhängnisvolle Weise enden werden.“ (S. 184). Diese warnenden Worte waren der Schlußpunkt der Karriere Czartoryskis als russischer